

---

**1884/AB XXII. GP**

---

Eingelangt am 11.08.2004

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT  
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

BM für Soziale Sicherheit Generationen und Konsumentenschutz

## Anfragebeantwortung

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates (5-fach)  
Parlament  
1010 Wien

GZ: **BMSG-10001/0182-I/A/4/2004**

Wien,

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 1887/J der Abgeordneten Mag. Maier, Pendl, Dr. Kräuter und GenossInnen** wie folgt:

### Fragen 1 und 2:

Bis zum 31. Dezember 2002 wurden in der Zentraleitung meines Ressorts keine Anträge auf "Vorzeitigen Ruhestand" nach § 22g Bundesbediensteten-Sozialplan-gesetz gestellt.

Im Bereich des Bundessozialamtes gab es bis zum 31. Dezember 2002 vier Anträge auf "Vorzeitigen Ruhestand" nach § 22g Bundesbediensteten-Sozialplangesetz.

Alle 4 angeführten Bediensteten des Bundessozialamtes, welche einen Antrag auf "Vorzeitigen Ruhestand" bis zum 31. Dezember 2002 nach § 22g Bundesbediensteten-Sozialplangesetz gestellt haben, haben diesen auch angetreten.

Es wurde in diesem Zusammenhang eine Planstelle eingespart.

Die Auflassung von Arbeitsplätzen ist im § 22g Bundesbediensteten-Sozialplangesetz nicht vorgesehen.

**Fragen 3 bis 6:**

Bezüglich dieser Fragen darf ich auf die Beantwortung der Anfrage Nr. 1878/J durch den Herrn Bundeskanzler verweisen.

**Fragen 7 und 9:**Zentralleitung:

49 Bediensteten, davon 19 Funktionsträger/innen, wurde der Vorruhestand gemäß § 22a bzw. § 22c BB-SozPG bis zum Ablauf des 31.12.2002 angeboten. Alle haben dieses Angebot angenommen und den Vorruhestand auch bis 1.1.2004 angetreten.

Folgende Organisationseinheiten waren davon betroffen:

Sektion I	12, davon 3 Funktionsträger
Sektion II	1 Funktionsträger
Sektion III	1 Funktionsträger
Sektion IV	4, davon 1 Funktionsträger
Sektion V	6, davon 1 Funktionsträger
ehem. Sekt. VI bzw. VIII	12, davon 7 Funktionsträger
ehem. Sekt. VII bzw. IX	12, davon 5 Funktionsträger
Sonstige	1

Bundessozialamt:

10 Bediensteten, davon 4 Funktionsträger/innen, wurde der Vorruhestand gemäß § 22a bzw. § 22c BB-SozPG bis zum Ablauf des 31.12.2002 angeboten, die alle dieses Angebot angenommen haben. Sie haben den Vorruhestand auch bis 1.1.2004 angetreten.

Sämtliche Planstellen (Zentralleitung und Bundessozialamt) wurden bzw. werden eingesparrt.

**Frage 8:**

Ich darf auf die Beantwortung der Fragen 7 und 9 verweisen.

Die betroffenen Mitarbeiter/innen wurden bzw. werden zu folgenden Stichtagen in den Ruhestand versetzt bzw. pensioniert:

Zentralleitung:

1 am 01.03.2003	1 am 01.03.2007	2 am 01.07.2009
3 am 01.12.2003	1 am 01.07.2007	2 am 01.08.2009
1 am 01.01.2004	1 am 01.08.2007	1 am 01.01.2010
1 am 01.06.2004	1 am 01.01.2008	1 am 01.04.2010
1 am 01.07.2004	1 am 01.03.2008	1 am 01.07.2010
1 am 01.11.2004	1 am 01.04.2008	2 am 01.08.2010
1 am 01.01.2005	1 am 01.05.2008	1 am 01.09.2010
1 am 01.10.2005	1 am 01.08.2008	1 am 01.11.2010
1 am 01.11.2005	1 am 01.10.2008	2 am 01.12.2010
1 am 01.04.2006	1 am 01.11.2008	1 am 01.01.2011
1 am 01.05.2006	2 am 01.01.2009	1 am 01.03.2011
3 am 01.12.2006	1 am 01.04.2009	1 am 01.09.2011
1 am 01.01.2007	2 am 01.05.2009	1 am 01.04.2012

Bundessozialamt:

1 am 01.03.2006	1 am 01.01.2008	2 am 01.09.2009
1 am 01.01.2007	1 am 01.02.2008	1 am 01.11.2009
1 am 01.05.2007	1 am 01.07.2008	1 am 01.09.2010

**Frage 10:**

Das Vorruhestandsgeld gemäß § 22b Abs. 1 bzw. § 22d Abs. 1 des BB-SozPG beträgt 80 % bzw. 75 % des jeweiligen letzten Aktivbezuges.

**Frage 11:**Zentralleitung:

Die Ausgaben für Vorruhestandsgelder betrugen im Jahr 2002 - € 2,057.409,20 und im Jahr 2003 - € 2,746.807,70.

Bundessozialamt:

Die Ausgaben für Vorruhestandsgelder betrugen im Jahr 2002 - € 44.061,60 und im Jahr 2003 - € 308.199,80.

Bemerkt wird jedoch, dass dem Ressort keine Kosten erwachsen, vielmehr ergeben sich durch die Vorruhestände Einsparungen durch den Entfall von Bezugsteilen, Nebengebühren und Sachaufwand.

**Frage 12:**

Die Ausgaben für 2004 werden in der Zentralleitung voraussichtlich € 2.530.000,- und beim Bundessozialamt voraussichtlich € 460.000,- betragen.

Die konkreten Einsparungen bei den Personalausgaben müssten individuell ermittelt werden, weshalb aus verwaltungsökonomischen Gründen eine Beantwortung nicht möglich ist.

**Fragen 13 bis 15:****In der Zentralleitung meines Ressorts haben keine Beamt/innen bis 1. 1. 2004 nach dem Bundesbediensteten-Sozialplangesetz den Austritt aus dem definitiven Beamtendienstverhältnis erklärt.**

Im Bundessozialamt ist ein Beamter bis 1.1. 2004 nach dem Bundesbediensteten-Sozialplangesetz durch Erklärung aus dem definitiven Dienstverhältnis ausgeschieden. Der Bedienstete war kein Funktionsträger. Es wurde ein Arbeitsplatz eines Referenten aufgelassen. Die Abschlagszahlung gemäß § 22f Bundesbediensteten-Sozialplangesetz betrug € 25.778,40.

Für 2004 werden keine Kosten erwartet.

**Frage 16:**

In der Zentralleitung haben bisher ein/e Beamter/in und ein/e Vertragsbediensteter/e eine befristete Karenzurlaubsregelung in Anspruch genommen. Sie befinden sich gemäß § 22e BB-SozPG. zum Stichtag 31. 5. 2004 nach wie vor im Karenzurlaub.

**Frage 17:**

Das BB-SozPG sieht einen "Antrag" auf Vorruhestand durch den/die Bedienstete/n nicht vor.

Bemerkt wird jedoch, dass niemand den Vorruhestand nach dem 1.1.2004 angetreten hat bzw. antreten wird.

**Frage 18:**

Von den 59 Bediensteten, denen der Vorruhestand gemäß § 22a bzw. § 22c BB-SozPG bis zum Ablauf des 31.12. 2002 angeboten wurde und die diesen auch angetreten haben, waren nach dem 1.1. 2004 folgende nach wie vor im Vorruhestand:

<u>Beginn des Vorruhestandes:</u>	<u>nach dem 1.1.2004 noch im Vorruhestand:</u>
2002	38
2003	16
2004	kein Vorruhestandsantritt nach dem 1.1.2004

**Fragen: 19 bis 21**

In den Jahren 2002 bis 2004 wurden in meinem Ressort keine Konsulentenverträge mit Bediensteten im Vorruhestand oder mit Pensionisten, welche eine der Möglichkeiten des Bundesbediensteten-Sozialplangesetzes in Anspruch genommen haben, oder auf Grund des Personalabbaus mit sonstigen Personen abgeschlossen.

Hingegen sind 4 Konsulentenverträge mit besonders qualifizierten Experten/innen auf bestimmten Fachgebieten abgeschlossen worden.

Aus diesen Konsulentenverträgen sind für mein Ressort folgende Kosten (exkl. Ust.) erwachsen:

2002:	€ 58.861,10,
2003:	€ 61.560,00 und für
2004 (Jänner bis Juni)	€ 31.500,00.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Bundesminister: